

Materialien

für die 3. Tagung
des 6. Stadtparteitages

Heft 2

- Änderungsanträge zum
2. Entwurf Kommunalwahlprogramm -
- Anträge -

am 16. Februar 2019
im Veranstaltungsgebäude der LVB,
Angerbrücke, Jahnallee 56

Inhaltsverzeichnis

2	Inhalt
3	Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm: Die Stadt gehört allen!
3	0. Präambel (ÄA1 - ÄA5)
5	1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit (ÄA6 - ÄA16)
11	2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben (ÄA17 - ÄA27)
18	3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung (ÄA28 - ÄA31)
	4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen (kein Antrag zum Kapitel 4)
20	5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt (ÄA32 - ÄA45)
27	6. Wir alle sind Leipzig - Für eine aktive Bürgerstadt (ÄA46 - ÄA49)
29	Antrag A1: „Für gesteckte Ziele konsequent einstehen, Müll vermeiden!“
30	Impressum

Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm 2019

Präambel

ÄA1 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 7: „Sie haben damit erneut die Chance“

durch: **„Wir Leipzigerinnen und Leipziger haben damit die Chance“**

Begründung:

Wir sollten keine Formulierung aufmachen, die „uns“ gegen „die Leipziger*innen“ stellt – wir sind auch Leipziger*innen und wir alle haben mit dieser Wahl eine Chance!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA2 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 9: „mit Ratsmitgliedern, die aus der Mitte der Stadtgesellschaft kommen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger genau kennen.“

durch: **„Wir haben Stadträtinnen und Stadträte, die vielfältige Erfahrungen mitbringen und die Herausforderungen unserer Stadt kennen und sich den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger annehmen.“**

Der Satz davor wird mit einem Punkt beendet.

Begründung:

Wir finden die Formulierung „Stadträtinnen und Stadträte“ besser als „Ratsmitglieder“. Das ist auch bekannter. Wer oder was ist die „Mitte“ der Stadtgesellschaft? Das ist vermutlich nicht politisch

4 ÄA. Änderungsanträge

gemeint – aber kann so gelesen werden. Wir sollten unsere Vielfalt betonen, die ist nämlich durchaus eine kollektive Stärke.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA3 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 11: „laden wir Sie herzlich ein“

durch: **„laden wir alle herzlich ein“**

Begründung:

Wir sollten keine Formulierung aufmachen, die „uns“ gegen „die Leipziger*innen“ stellt – wir sind auch Leipziger*innen und wir alle haben mit dieser Wahl eine Chance!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA4 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 29: „Zu unseren wichtigen in der zu Ende gehenden Wahlperiode energisch verfochtenen Anliegen zählte der Bürgerentscheid zum Einheits- und Freiheitsdenkmal oder die rechtliche Gleichstellung der Stadtbezirksbeiräte gegenüber den Ortschaftsräten.“

durch: **„Zu unseren wichtigen in der zu Ende gehenden Wahlperiode energisch verfochtenen Anliegen zählte die die rechtliche Gleichstellung der Stadtbezirksbeiräte gegenüber den Ortschaftsräten und der Bürgerentscheid zum Einheits- und Freiheitsdenkmal oder“**

Begründung:

Wir würden die Aufzählung andersherum gestalten, da wir das bisher zweitgenannte relevanter finden als das bisher erstgenannte.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA5 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Streiche in Zeile 45: „, **ein politischer Rechtsruck ist die Folge**“ und beende den Satz durch Punkt.

Begründung:

Den sollte man nicht herbeischreiben indem man ständig von ihm spricht.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

1. Kapitel - Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit

ÄA6 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze vor dem Satzende in Zeile 84: „**und durch DIE LINKE unterstützt**“.

Begründung:

In unsere täglichen Arbeit unterstützen wir Erwerbstätige und Gewerkschaften im Kampf zur Erreichung ihrer gesteckten Ziele. Ob beim Arbeitskampf bei Halberg Guss oder Siemens, wir stehen den Erwerbstätigen, gemeinsam mit den Gewerkschaften, tatkräftig zur Seite, was uns von anderen Parteien im Stadtrat unterscheidet. Dieser Aspekt sollte in jedem Fall Erwähnung finden.

6 ÄA. Änderungsanträge

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA7 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Zeile 99 folgenden Punkt: **„Auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sollten gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen beachtet werden“**

Begründung:

Leipzig ist einer der größten, wenn nicht der größte Auftraggeber für Dienstleistungen und Handwerk in der Stadt. Damit trägt die Stadt Leipzig eine besondere Verantwortung, was die Durchsetzung von guten Löhnen und Arbeitsbedingungen angeht. Aus diesem Grund sollten, neben dem Angebotspreis, vor allen Dingen gute Arbeitsbedingungen und eine Tarifbindung wichtige Kriterien für die Auftragsvergabe sein. Im Zweifel ist eben ein höherpreisiges Angebot zu favorisieren. Wir können nicht über DHL schimpfen und gleichzeitig zulassen, dass auf Baustellen sowie in öffentlichen Gebäuden und Kantinen Löhne gedrückt und prekäre Arbeitsverhältnisse gefördert werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA8 zum KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Abschnitt „Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben“ (Zeile 222) wird als Abschnitt 1 vor den Abschnitt „Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit“ gesetzt.

Begründung:

Die Partei DIE LINKE steht für die Wählerinnen und Wähler und auch in ihrem eigenen Selbstverständnis nach der Vereinigung der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und dem Verein Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) im Jahr 2007 und dem

Programm von 2011 für das Ziel: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“

Das gesellschaftliche Leben findet in den Kommunen statt und muss deshalb hier vor Ort sozial und gerecht organisiert werden. Die Produktionsweisen werden auf Bundes- und Länderebene bestimmt. Sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit bei gerechter Vergütung ist Grundlage und Mittel zum Zweck. Den Kommunalverwaltungen und den Kommunalparlamenten kommt bei breiter Einbeziehung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger eine besondere Bedeutung zu. So kann die Daseinsvorsorge, wie auch die Leipziger Erfahrungen zeigen, am wirkungsvollsten durch kommunale Unternehmen gesichert werden, ergänzt beim Wohnen durch gemeinnützig agierende Wohnungsunternehmen, z. B. Wohnungsbau-Genossenschaften. Deshalb sollte in einem Kommunalwahlprogramm an erster Stelle herausgestellt werden, was die Partei in der Kommune unmittelbar und konkret beeinflussen und gestalten kann.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA9 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Kapitel 1 und 2 werden getauscht, so dass Kapitel 2 das erste Kapitel wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA10 zum KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im Abschnitt 1.2. „Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen“ wird der 7. Unterpunkt (Zeile 147) ergänzt: „die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung kleinerer Losgrößen sowie künftiger konsequenter gewerkebezogener Fachlosvergabe auch bei den derzeit befristet notwendigen Generalunternehmervergaben bei Kita- und Schulneubauten für kommunale Bauvorhaben.“

Begründung:

In der Regel sind die klein- und mittelständigen Betriebe, insbesondere Handwerksbetriebe, wegen der notwendigen Meisterqualifikationen und Eintragungspflicht in die Handwerksrolle als Voraussetzungen für die selbstständige Handwerksausübung berufs- bzw. gewerkebezogen organisiert. Selbst handwerksähnliche Betriebe und zulassungsfreie Handwerke werden in das Gewerbeverzeichnis eingetragen und erhalten eine Handwerkskarte.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA11 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Zeile 147 hinter „Losgrößen“: „**(Teilung des Gesamtleistungsumfangs bei großen Aufträgen)**“

Begründung:

Für Viele dürfte die bisherige Formulierung nicht verständlich machen, was gemeint ist.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA12 zum KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im Abschnitt 1.2. „Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen“ wird der 8. Unterpunkt (ab Zeile 149) präzisiert: **„Die Abwicklung öffentlicher Aufgaben bei Lieferungen und Dienstleistungen, Planungs- und Bauleistungen wird durch die Verwaltung so organisiert, dass die beauftragten Unternehmen nicht in Liquiditätsengpässe geraten. Dazu gehören monatliche Abschlagszahlungen.“**

Begründung:

Insbesondere bei der Abwicklung von Bauaufträgen müssen die beauftragten Unternehmen durch Materialeinkäufe und Leistungen in erheblichem Umfang in Vorleistungen gehen. Deshalb ist die Einhaltung von Zahlungsfristen für monatliche Abschlagszahlungen und Schlussrechnungen auf Grundlage von Aufmaßen von besonderer Wichtigkeit.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA13 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Kay Kamieth

Unterstützerin: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 173 wird eingefügt: **„die Rückführung der ausgegliederten und an Private ausgeschriebenen Bereiche innerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunale Hand“**

Begründung:

Die neoliberale Welle der letzten Jahrzehnte hat auch in kommunalen Betrieben und Einrichtungen viele Bereiche erfasst. Oftmals sind davon Küchen-, Reinigungs- und weitere Servicekräfte betroffen, welche unter für uns als LINKE fragwürdigen Bedingungen arbeiten müssen. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen und zurückzudrehen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA14 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Kay Kamieth

Unterstützerin: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 173 wird eingefügt: **„eine Beschränkung der Spitzen-Einkommen in den kommunalen Unternehmen und deren künftige Orientierung an der Besoldung des Oberbürgermeisters“**

Begründung:

Als LINKE streiten wir für starke kommunale Unternehmen und streben auch die (Re-)Kommunalisierung weiterer gesellschaftlicher Bereiche an. Dafür sind die derzeitigen Spitzeneinkommen bei den kommunalen Leipziger Unternehmen eher ein Hindernis. Da wir für das Primat des Politischen über die Wirtschaft streiten, sollte dies auch bei den Einkommen deutlich sichtbar sein. Deswegen sollte es im kommunalen Bereich keine Einkommen geben, die das Gehalt des - von allen demokratisch gewählten - „Oberhaupts“ der Stadt überschreiten.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA15 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Kay Kamieth

Unterstützerin: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 173 wird eingefügt:

„einen Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Leipzigerinnen und Leipziger bei ihren kommunalen Unternehmen“

Begründung:

In Alltagsbetrieb begegnen die kommunalen Unternehmen den Leipzigerinnen und Leipzigern oftmals so, wie andere Unternehmen auch. Wir sollten uns als LINKE mit diesem Zustand nicht abfinden, sondern den Menschen zeigen, dass es einen Unterschied macht, ob eine Unternehmens-Entscheidung demokratisch/gemeinnützig oder privat/gewinnorientiert erfolgt. Dafür ist ein Ausbau der und eine Information über die Mitwirkungsmöglichkeiten daran nötig.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA16 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Kay Kamieth

Unterstützerin: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 175 wird eingefügt:

„die Gründung einer Leipziger Baugesellschaft in öffentlicher Hand“

Begründung:

Der aktuelle Bauboom hat sich nicht nur für die Privaten, sondern auch für die öffentliche Hand mit deutlichen Preissteigerungen bemerkbar gemacht. Oftmals sind kommunale Auftraggeber froh, überhaupt noch preislich abbildbare Angebote auf den Tisch zu bekommen. Da der private Markt es weder schafft genügend - für die Masse der Menschen finanzierbaren - Wohnraum zu stellen, noch die Bedürfnisse der öffentlichen Hand entsprechend zu erfüllen, sollte die Gründung eine Leipziger Baugesellschaft bzw. eines Bauhofes auf der politischen Tagesordnung der LINKEN stehen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Kapitel 2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben

ÄA17 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 249: „Nicht nur Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben“

durch: **„Die Menschen kommen dabei aus den verschiedensten Ecken der Welt: Geflüchtete, Migrantinnen und Migranten aus anderen EU-Staaten, Menschen aus kleineren Städten und Dörfern aus der Umgebung, Ost- und Westdeutsche aus anderen Bundesländern und sogar einige Dresdnerinnen und Dresdner. Sie alle finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben.“**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA18 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 262: „Sockelfinanzierung“ durch: „**Grundfinanzierung**“

Begründung:

Einfachere Sprache.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA19 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: AG Soziales Die LINKE Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Füge nach Zeile 277 ein: „**Ausbau von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet**“

Begründung:

Trinkwasser ist ein lebensnotwendiges Menschenrecht, welches allen Leipzigerinnen und Leipziger zur Verfügung stehen muss. Besonders im Hinblick auf die Umwelt ist eine kostenfreie Versorgung mit Trinkwasser notwendig, da unnötige Verpackungen für Getränke vermieden werden können.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA20 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: AG Soziales Die LINKE Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Füge nach Zeile 277 ein: **„das Projekt „nette Toilette“, bei dem teilnehmende Gastronominnen und Gastronomen eine Entschädigung erhalten, sofern sie ihre Toiletten kostenlos zur Verfügung stellen“**

Begründung:

Das Urinieren in der Öffentlichkeit stellt nicht nur eine Ordnungswidrigkeit dar, sondern führt auch zu einer erheblichen Geruchsbelästigung. Durch das Projekt „nette Toilette“, welches bereits in anderen Kommunen durchgeführt wird, können durch „Wildpinkler“ verursachte Reinigungskosten verringert und das Stadtbild verbessert werden. Außerdem werden Menschen nicht länger genötigt, alternative Ortschaften für die Verrichtung ihrer Notdurft aufzusuchen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA21 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 297: „vergleichbare Bildungschancen“

durch **„gleiche Zugänge zu Bildung“**

Begründung:

Vergleichbare Chancen auf etwas führen nicht dazu, dasjenige etwas auch in Anspruch nehmen zu können. Wenn es beispielsweise 200 Kinder gibt aber nur 100 Schulplätze und diese ausgelost werden, hat zwar jedes Kind die gleiche Chance, aber es ist von vornherein klar, dass die Hälfte der Kinder keinen Platz bekommt. Das bloße reden von „Chancen“ erfüllt also nicht die sozialistische Erfordernis eines garantierten Zugangs aller.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA22 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 452: „in einer hochmobilen Berufskarriere“

durch „*in ihrem Leben*“

Begründung:

„Hochmobile Berufskarriere“ ist eine Vokabel, die eher in ein Hochglanzmagazin für Manager-Kids passt, als in unser Wahlprogramm ;)

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA23 zum KWP. Die Stadt gehört allen

Antragssteller: Siegfried Schlegel

Antrag:

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Der Abschnitt mit neuer Überschrift „Würdevolles Leben und Teilhabe für Seniorinnen und Senioren“ (Zeile 484) wird mit der Nummerierung 2.3 in dem Abschnitt an die dritte Stelle gesetzt.

Begründung:

Jeder lebende Mensch wird jeden Tag einen Tag „älter“. Gemeint sind aber Menschen im höheren Lebensalter 55+, worauf auch im Abschnitt hingewiesen wird. Der Anteil der über 60 Jährigen am Gesamtbevölkerungsanteil liegt bei über 25 %.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA24 zum KWP. Die Stadt gehört allen**Antragssteller:** Siegfried Schlegel**Antrag:**

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im gleichen Abschnitt wird der zweite Unterpunkt (Zeile 499) neu gefasst: **„Im Rahmen der Erarbeitung von integrierten Stadtteil- und Quartierskonzepten wird in Umsetzung der Kriterien für altengerechtes Wohnen den besonderen Ansprüchen für Seniorinnen und Senioren Rechnung getragen.“**

Begründung:

Die meisten Stadtteil- und Quartierskonzepte werden als integrierte Konzepte erarbeitet und wirken in ihrer Vielfalt, aber auch bezogen auf besondere Ansprüche von sozialen bzw. Altersgruppen. So gibt es definierte Kriterien für altenfreundliches Wohnen, wie Aufzüge für Wohnungen oberhalb 1. Obergeschoss und Balkone aber auch Entfernungen zur nächsten ÖPNVHaltestelle und zum Nahversorger bis zu 300 m.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA25 zum KWP. Die Stadt gehört allen**Antragssteller:** Siegfried Schlegel**Antrag:**

Die 2. Tagung des 6. Stadtparteitages möge beschließen:

Im gleichen Abschnitt wird der vierte Unterpunkt (Zeile 500) neu gefasst: **„den Bau von mehr barrierefreie Wohnungen gemäß der DIN 18040-2 Barrierefreies Bauen sowie mit einem über die Festsetzungen der Sächsischen Bauordnung hinausgehenden Anteil sowie die Umsetzung der Ziele entsprechend dem 2015 fortgeschriebenen Wohnungspolitischen Konzept. Die Landes- und die ergänzende städtische Förderung von einzelnen Umbaumaßnahmen, die sich an der konkreten Behinderung orientieren, muss fortgesetzt werden.“**

Begründung:

Wegen wachsenden Anteils der über 60 Jährigen am Gesamtbevölkerungsanteil von über 25 %, zuzüglich jüngerer Behinderter, muss die Anzahl und der Anteil barrierefreier Wohnungen erhöht werden.

Entscheidung des Parteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA26 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

In Zeile 570 wird nach „Gesellschaft“ eingefügt: **„Barrierefreiheit hilft uns allen: Nach einem Unfall, im hohen Alter, mit einem Kinderwagen oder wegen unserer Omis und Opis.“**

Begründung:

Viele denken immer noch, Barrierefreiheit sei eigentlich nur für Blinde, Rolli-Fahrer*innen oder Menschen mit Gehhilfen wichtig. Stimmt aber nicht – und das würden wir gerne plastisch ausdrücken.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA27 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: AG Soziales Die LINKE Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Neben dem Absatz 4.6 zum Thema Obdachlosigkeit/Wohnungslosigkeit wird in das Kommunalwahlprogramm folgender Absatz in das 2. Kapitel als Absatz 2.7 (die nachfolgenden Absätze aus der bisherigen Version verschieben sich um eine Nummer) aufgenommen.
Füge nach Zeile 597 ein:

„2.7. Verbesserung der Hilfsangebote für Obdachlose und Wohnungslose

Die Zahl der Obdach- und Wohnungslosen in Leipzig nimmt rapide zu. Gleichzeitig stehen frühere Rückzugsorte der Betroffenen, wie zum Beispiel die Gebäude des Eutritzscher Freiladbahnhofs, nicht mehr zur Verfügung. Die Auswirkungen sind für jede Leipzigerin und jeden Leipziger mittlerweile im Alltag unübersehbar. Öffentliche Plätze, wie zum Beispiel städtische Parks und die Umgebung des Hauptbahnhofs, und öffentliche Gebäude, wie zum Beispiel die Universität, werden von Betroffenen zunehmend als Aufenthaltsorte genutzt. Dies ist auf Dauer für alle LeipzigerInnen ein untragbarer Zustand. Das primäre Ziel ist und bleibt für uns den Betroffenen die Möglichkeit eines festen Wohnsitzes zu ermöglichen. Dennoch dürfen auf dem Weg dahin auch die Unterstützungsangebote für Obdach- und Wohnungslose nicht vernachlässigt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- *die Eröffnung eines zentrumsnahen Übernachtungshauses mit ausreichenden sanitären Einrichtungen, die ebenso wie ein geeigneter Aufenthaltsbereich, rund um die Uhr zugänglich sind.*
- *Übernachtungshäuser ohne Geschlechtertrennung, die die Nutzung sowohl für Paare, als auch für LGBTQ* einfacher und angenehmer machen*
- *die Möglichkeit Haustiere in einige Übernachtungshäuser mitzubringen*
- *die Senkung des zu entrichtenden Entgelts für Übernachtungshäuser*
- *Essensausgaben in Übernachtungshäusern, die in Kooperation mit Supermärkten finanziert werden, sodass aussortierte Lebensmittel gezielt an Bedürftige weitergegeben werden.“*

Begründung:

Die Beschränkung des Themas Obdachlosigkeit auf eine Frage von Wohnraum ist aus unserer Sicht nicht angemessen. Den steigenden Zahlen von Obdach- und Wohnungslosen und den dabei schwindenden Rückzugsorten kann nicht alleine mit dem Ausbau des Sozialwohnungsbaus begegnet werden. Die Lage spitzt sich schon jetzt zu, sodass die Unterstützungsangebote umgehend ausgebaut werden müssen. Mit der Einrichtung eines zentrumsnahen Übernachtungshauses, das auch tagsüber als Rückzugsort mit sanitären Anlagen zur Verfügung steht, entstehen nicht nur neue Kosten, sondern es werden an anderer Stelle auch bereits bestehende und vor uns liegende Kosten gesenkt. Die Nutzung zum Beispiel der universitären Infrastrukturen durch Obdachlose stellt ein hygienisches Problem dar und bringt steigende Einschränkungen im universitären Alltag mit sich. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Universität darauf mit höheren Reinigungsausgaben und Sicherheitspersonal reagieren wird. Außerdem könnte mit Sanitäreinrichtungen innerhalb der Obdachlosenunterkunft leichter sichergestellt werden, dass sich die Ereignisse der Vergangenheit, bei denen auch andere Passanten die öffentlichen Toiletten nutzten und verunreinigten, nicht wiederholen. Wir wissen, dass unsere Forderungen ambitioniert sind, wir sehen jedoch dringenden Handlungsbedarf in der Angelegenheit. Wenn wir uns im Stadtrat nicht für eine menschenwürdige Lösung des Problems einsetzen, werden die anderen Fraktionen bzw. andere Akteure Maßnahmen ergreifen, die die Interessen der Obdach- und Wohnungslosen außer Acht lassen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Kapitel 3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung

ÄA28 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Zeile 701 nach: „Kriegen“: „**wirtschaftlicher Ausbeutung**“

Begründung:

Eine Vielzahl von Menschen müssen ihr Zuhause verlassen, weil der wirtschaftliche Druck ihnen keine andere Wahl lässt. Multinationale Konzerne beuten ganze Kontinente mit Hilfe von intransparenten Freihandelsabkommen und korrupten Machenschaften bis auf den letzten Tropfen aus. Dieser Aspekt muss unbedingt Erwähnung finden, da er ein Teil des Übels ist.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA29 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Füge in Zeile 702 nach: „Fluchtbewegungen“ ein: „**und zwingen Menschen, ihr Zuhause zu verlassen.**“

Begründung:

Es sollte deutlich gemacht werden, was es bedeutet, zu fliehen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA30 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Zeile 733 nach dem Wort „Lichtverschmutzung“: „**beispielsweise durch gezielte Beleuchtung für den öffentlichen Raum**“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA31 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 816 wird eingefügt: „**Die Stadt soll von ihrem Vorkaufsrecht stärker Gebrauch machen**“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Kapitel 5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt

ÄA32 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1025 „sollte“ durch: **„soll“** .

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA33 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1026: „eine kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle unter 18 Jahren und von Altersarmut betroffene Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren, um ihnen ein autofreies Leben zu ermöglichen“

durch: **„als ersten Schritt setzen wir uns für eine entgeltfreie ÖPNV-Nutzung für alle Schülerinnen und Schüler, Azubis und Rentnerinnen und Rentner ein, um ihnen ein autofreies Leben zu ermöglichen.“**

Begründung:

Es gibt zahlreiche Schülerinnen und Schüler, die das 18. Lebensjahr bereits erreicht haben und trotzdem nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, eine andere Form der Mobilität als den ÖPNV zu wählen. Das gleiche trifft auch eine Vielzahl der Azubis und Rentnerinnen und Rentner in Leipzig zu. Die Altersbegrenzung sollte daher entfernt werden. Weiterhin sollte es unser mittelfristiges Ziel sein, einen fahrscheinlosen ÖPNV zu etablieren, damit allen Leipzigerinnen und Leipzigern eine wirkliche Alternative zum eigenen Auto zur bereitgestellt werden kann.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA34 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: AG Soziales Die LINKE Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1026: „eine kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle unter 18 Jahren und von Altersarmut betroffene Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren, um ihnen ein autofreies Leben zu ermöglichen“

durch: **„Auf dem Weg zum fahrscheinlosen ÖPNV in Leipzig soll zunächst Schülerinnen und Schüler, Rentnerinnen und Rentner sowie Auszubildenden eine kostenlose Nutzung angeboten werden.“**

Begründung:

Die fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV ist ein grundlegendes politisches Ziel der Partei Die LINKE. Er stellt einen wichtigen Baustein zur Verringerung des innerstädtischen, motorisierten Individualverkehrs dar. Um den ÖPNV nicht zu überfordern, müssen sinnvolle Zwischenschritte unternommen werden: Zunächst müssen all diejenigen von einem fahrscheinlosen ÖPNV profitieren, die aufgrund ihres Alters kein Auto benutzen können oder die die Kosten für ein Ticket besonders belasten. Füge nach Zeile 280 ein: „Ausbau von Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet “

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA35 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Zeile 1029 nach „Fußgänger“: **„und Radfahrerinnen und Radfahrer“**

Begründung:

Auch für Radfahrerinnen und Radfahrer ist die Situation vor Ort sehr schwierig.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA36 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Zeile 1032 nach „Linie 11“: **„(direkt bis zum Markleeberger See)“** und nach „Linie 9“: **„(direkt bis zum Cospudener See)“**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA37 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 1032 wird als neuer Punkt eingefügt: **„Eine zügige Planung der sogenannten Süd-Tangente (Schleußiger Weg, Kurt-Eisner-Str., Semmelweißstraße) als Straßenbahnverbindung“**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA38 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänze in Zeile 1035 nach „Elektromobilität“: **„und Wasserstoffbusse“**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA39 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 1034 wird als neuer Punkt eingefügt: **„Expressbuslinien um relevante Umstiegsunkte effektiver und schneller zu verknüpfen“**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA40 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1058 „Fußwegsanierungsprogramm“ durch: „**Gehwegsanierungsprogramm**“

Begründung:

Das ist der korrekte Name des Programms.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA41 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 1071 wird als neuer Punkt eingefügt: „**die Entwicklung eines Stadtplatzprogramms zur Schaffung öffentlicher Plätze mit entsprechenden großzügigen Fußgängerbereichen**“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA42 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 1094 wird als neuer Punkt eingefügt: „**Die Einführung von städtischen Fahrrad-Selbsthilfewerkstätten mit kostenlosem Basisservice**“

Begründung:

Viele Studierende sowie Schülerinnen und Schüler nutzen ihr Fahrrad, um in der Stadt mobil zu sein. Dabei kommt es nicht selten vor, dass die Reise durch eine Panne, z.B. durch einen platten Reifen, unvorhergesehen unterbrochen wird. In diesem Fall ist guter Rat teuer. In einer Fachwerkstatt kann eine solche Reparatur bis zu 65 Euro kosten. Für Personengruppen mit einem sehr geringen Einkommen untragbar, aber auch für alle Leipzigerinnen und Leipziger eine unnötige Belastung ihres Geldbeutels. In Leipzig gibt es leider nur wenige sogenannte Selbsthilfewerkstätten. Wir meinen, es muss ein flächendeckendes Angebot an Selbsthilfewerkstätten geben, in denen Radfahrer*innen unter Anleitung Reparaturen eigenständig vornehmen können und nur die Kosten für das Material tragen müssen. Ein Basisservice, wie Flickzeug, die Nutzung von Luftpumpe und Werkzeug, sollte dabei in jeden Fall kostenlos zur Verfügung stehen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA43 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1096: „die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Radwege“

durch „*der freizeitsportgemäße Umbau der Radwege*“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA44 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Mischa Kreutzer

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1 100: „Gerade einkommensschwache Haushalte leben an diesen Hauptstraßen und leiden an den gesundheitlichen Folgen von Lärm und Dreck.“

durch: **„Die an diesen Hauptstraßen lebenden Leipzigerinnen und Leipziger tragen die gesundheitlichen Folgen von Lärm und Dreck.“**

Begründung:

In den letzten Jahren hat der Autoverkehr im gesamten Stadtgebiet erheblich zugenommen. Das beschriebene Problem ist nicht vorwiegend nur ein Problem einkommensschwacher Haushalte, sondern betrifft alle Leipziger*innen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA45 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Mischa Kreutzer

Unterstützer: Nico Reichenbach, Kay Kamieth

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Streiche in Zeile 1 114: „Lösungen der Parkplatznot in den Wohngebieten, u.a. durch konsequentes Einrichten von Anwohnerparkplätzen.“

Begründung:

Die Lösung der Parkplatznot für Anwohner liegt im möglichen Verzicht auf ein eigenes Auto. Die Not wäre damit gar nicht existent. Dazu müssen entsprechende alternative, attraktive Angebote gemacht werden. Ihnen einen Parkplatz zur Verfügung zu stellen, ist kontraproduktiv und bewirkt eher das Gegenteil. Wir widersprechen damit außerdem unserer Zielstellung, Autoverkehr vermeiden zu wollen. Weiterhin kann angezweifelt werden, dass durch Anwohnerparken mehr Parkplätze zur Verfügung stehen. Vielmehr stellt das Konzept eine zusätzliche Einnahmequelle für die Stadt dar, weil ein solcher Parkausweis sicherlich nicht kostenlos sein dürfte.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

Kapitel 6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt

ÄA46 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Anna Gorskih, Mischa Kreutzer, Tillmann Loos, Adelheid Noack, Siegfried Schlegel, Jacob W.

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Füge in Zeile 1139 vor „16“ ein: „**zunächst**“

Begründung:

Das Wahlalter bei einer Kommunalwahl auf 16 Jahre herabzusetzen kann nur der erste Schritt zur Einbindung aller Leipzigerinnen und Leipziger in den demokratischen Prozess einer Kommunalwahl sein. Denn auch Kinder und Jugendliche haben das Recht, für ihre Interessen einzustehen und diese durch eine Wahl auszudrücken. Schließlich geht es in vielen Themenschwerpunkten um ihre Belange.

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA47 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1158: „Aber nicht nur Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben.“

durch: „**Die Zahl der nach Leipzig Zugezogenen wächst.**“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA48 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Mischa Kreutzer

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1158: „Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Aber nicht nur Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben.“

durch: **„Leipzig wird durch den Zuzug aus dem In- und Ausland zunehmend bunter.“**

Begründung:

Definition laut Duden: „[...] jemand, der in ein anderes Land, in eine andere Gegend, an einen anderen Ort abwandert“. Geflüchtete und Menschen aus EU-Staaten sind unter Migranten bzw. Migrantinnen zusammengefasst. Eine Differenzierung ist daher nicht notwendig. Weiterhin ist davon auszugehen, dass Geflüchtete nicht Leipzig als Wohnort gewählt haben, weil sie den „Weg“ gefunden haben, sondern weil sie aufgrund eines harten Schicksals oft keine andere Wahl hatten. Ferner gibt es bereits einen Satz mit ähnlichem Wortlaut in Zeile 252 bis 255. Der Satz sollte daher deutlich entschärft und verkürzt werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

ÄA49 zum KWP. Die Stadt gehört allen!

Antragssteller: Max Wegener, DIE LINKE Stadtbezirksversammlung Leipzig-Süd

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 1198: „die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung des Faschismus im Mittelpunkt steht“

durch: **„die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung des Faschismus im Mittelpunkt steht und darüber hinaus insbesondere auch die koloniale und imperiale Vergangenheit und ihre bis heute vorhandenen, unsichtbar gemachten Auswirkungen auf die moderne Gesellschaft mitdenkt“**

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

A1 Antrag an die 3. Tagung des 6. Stadtparteitags

„Für gesteckte Ziele konsequent einstehen, Müll vermeiden!“

Antragsteller: Mischa Kreuzer

Unterstützerinnen: AG Soziales Die LINKE. Leipzig, Mitgliederversammlung Stadtbezirk Süd

Antrag:

Die 3. Tagung des 6. Stadtparteitags möge beschließen:

Werden bei Veranstaltungen und Aktionen (Sommerfeste, Infostände, etc.) Getränke oder Lebensmittel zur Verfügung gestellt, sind Produkte aus Mehrwegverpackungen sowie wiederverwendbares Geschirr (Becher, Teller, Essbesteck, etc.) zu bevorzugen. Dazu wird der Stadtvorstand aufgefordert, noch im laufenden Jahr wiederverwendbares Essgeschirr sowie Becher und Tassen in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Das Themenpapier für Umwelt der Fraktion Die LINKE im Bundestag fordert einen wirksamen „Schutz von natürlichen Ressourcen durch ambitionierte Abfallvermeidung und geschlossene Stoffkreisläufe“ [1]. Auch unser Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014 spricht von „Abfallvermeidungsstrategien“ [2].

Wir verstehen uns als Partei, die für eine sozial gerechte Energiewende, ökologische Produktion und Schonung der zur Verfügung stehende Ressourcen einsteht. Dazu gehört auch, unnötige Einwegverpackungen, besonders aus Kunststoffen, zu vermeiden, da diese die Umwelt im besonderen Maße belasten. Die häufig verwendeten Einwegverpackungen der Getränkeindustrie sind zwar grundsätzlich recyclebar, allerdings können nur etwa 30% für neue Verpackungen verwendet werden. Weiterhin ist die Aufbereitung von Verbundstoffen für eine Wiederverwertung häufig zu aufwendig. Daher werden diese Verpackungen unmittelbar der Verbrennung zugeführt. Die einmalige Benutzung von Getränkebechern oder Essgeschirr, auch, wenn sie aus Pappe oder „Bioplastik“ sind, ist ebenfalls bezeichnend für eine sinnlose Verschwendung wichtiger Ressourcen. Dazu muss betont werden, dass der Recycling- und Herstellungsprozess neuer Einwegverpackungen und Produkten besonders energieaufwendig ist. Ziel sollte es also sein, erst gar kein Müll anfallen zu lassen. Wir sollten mit gutem Beispiel voran gehen und für unsere gesteckten Ziele konsequent einstehen. Die Vermeidung von Müll ist die Aufgabe aller Leipziger*innen!

[1] vgl. <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/umwelt/>

[2] vgl. Abschnitt 7.3.2 Landtagswahlprogramm 2014 Die LINKE Sachsen

**Materialienheft 2 zur 3. Tagung des 6. Stadtparteitages
von DIE LINKE. Leipzig am 16. Februar 2019**

Impressum

Herausgeberin: DIE LINKE. Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 23.01.2019